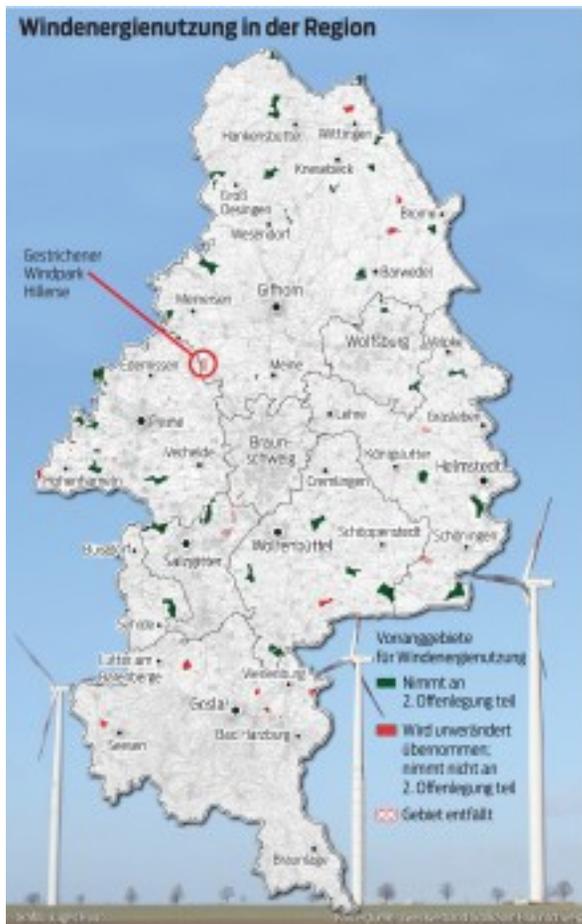


Windräder – Jetzt sind die Bürger wieder am Zug



Betroffene Bürger aus unserer Region haben vom 22. März bis zum 20. Mai Gelegenheit, zu den Windkraft-Plänen des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) Stellung zu nehmen. Die Verbandsversammlung beschloss gestern im Rathaus von Salzgitter die bereits zweite Offenlegung des Vorhabens (siehe Karte).

Der ZGB will die Windkraftflächen in unserer Region so auf 7000 Hektar mehr als verdoppeln. Bisher gibt es 450 Windräder in unserer Region. Die neuen Windräder werden bis zu 200 Meter hoch sein, alte werden zum Teil durch größere ersetzt.

Die umfangreichen Pläne können ab dem 22. März auf den Internetseiten des ZGB (www.zgb.de) eingesehen werden. Kurze Zeit später werden sie auch in der ZGB-Verwaltung im Artmax in Braunschweig ausliegen.

Diese zweite Offenlegung wurde notwendig, weil es für die erste Version immensen Widerstand von Bürgern, Unternehmen und Institutionen aus unserer Region gab. Beim ZGB gingen 1800 Einwände mit mehr als 10 000 Einzelfragen ein. Der Zeitplan des ZGB ist längst ins Hintertreffen geraten. Eigentlich sollten die Windräder bereits 2018 stehen.

Bei der erneuten Offenlegung der Pläne sind dieses Mal aber nicht alle Betroffenen gefragt. Es geht nur um die neu hinzugekommenen oder erweiterten Flächen.

Der ZGB kann sich aber auf erneuten Widerstand einstellen. Wer sein Land auf den vom ZGB festgelegten Flächen an Windpark-Investoren verpachtet, kann Zehntausende von Euro pro Jahr und Windrad verdienen. Hauseigentümer wiederum, die in der Nähe der Windparks wohnen, befürchten einen enormen Werteverfall ihrer Immobilie. Einige Bürgerinitiativen aus der Region setzen sich für bedrohte Vogelarten ein, die sich in den Rotoren verfangen. Andere lehnen eine Verschandelung der Landschaft durch die Windräder ab. Befürworter sehen in der Windkraft den Kern der Energiewende in Deutschland begründet. Die Energiewende ist politisch gewollt.

Um den Verbandschef Detlef Tanke und um den gestoppten Windpark in Hillerse ging es in der Verbandsversammlung so gut wie gar nicht. Dafür aber um den Grundsatz und ums Detail. Die Grünen betonten die Notwendigkeit der Windkraft, damit der Ausstieg aus der Kernenergie gelingt. Helmstedts Bürgermeister Wittich Schobert (CDU) setzte sich für die Bürgerinitiative Elm ein, die den Windpark in Süplingen mit aller Macht stoppen will. Die Kulturlandschaft um den Kaiserdom

Königslutter würde empfindlich gestört, meinte Schobert. Mit seinem Antrag, den Windpark in Süpplingen ganz aus der zweiten Offenlegung zu streichen, scheiterte Schobert aber.

Der Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg (CDU) aus dem Kreis Wolfenbüttel erhielt keine Mehrheit für seine Forderung, die Zeit der Offenlegung auszuweiten. „Die Windkraft ist eines der brisantesten Themen, die wir im ZGB bewältigen mussten“, sagte er. „Wir müssen die Bürger mitnehmen. Wir müssen ihnen die Zeit geben, sich schlau machen zu können.“ Lediglich Ingo Schramm (FDP) stellte sich auf die Seite Oesterhelwegs.

Die Erste Verbandsrätin Manuela Hahn argumentierte, dass es keine längere Einspruchsfrist brauche. „Es gibt keine Änderungen in der Methodik. Längst nicht alle Vorranggebiete werden verändert“, sagte sie. Tatsächlich plant der ZGB schon seit drei Jahren. Viele Bürger wie etwa in Wesendorf im Kreis Gifhorn sind allerdings zum ersten Mal mit der Windkraft konfrontiert.

Hahn nannte einen weiteren wesentlichen Punkt, warum einzelne Windparks wie in Süpplingen nicht einfach wieder aus der Planung genommen werden könnten: „Wenn aus politischen Gründen Gebiete herausfallen, wäre der komplette Plan rechtlich anfechtbar.“ Der Verwaltung sei es bei der Auswahl der Flächen eben um die am besten geeigneten Vorranggebiete gegangen. So hätte der ZGB die Flächen ausgesucht.

Reinhard Manlik (CDU) erklärte fast schon beschwichtigend: „Die Gesetze und Richtlinien haben nicht wir festgelegt.“

Sabah Enversen (SPD) sah es so: „Wir wirken mit der Festlegung der Flächen dem Wildwuchs entgegen.“ Die Windkraft hält er für unverzichtbar. Und: „Das Beteiligungsrecht der Bürger wird großgeschrieben. Man kann es in dieser Auseinandersetzung aber nicht allein recht machen.“